

**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Becker

Telefon: (0221) 221-27467

Fax : (0221) 221-29047

E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 15.06.2016

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Soziales und Senioren vom 09.06.2016****öffentlich****4.5 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften
1434/2016****Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1085/2016**

Der Vorsitzende Herr Paetzold weist auf den Dringlichkeitsantrag von CDU und Bündnis90/Die Grünen und auf den Änderungsantrag der SPD hin. Da der Dringlichkeitsantrag von CDU und Bündnis90/Die Grünen als Erster einging, bittet er zunächst Frau Heuser ihren Antrag zu begründen.

Frau Heuser begründet den vorliegenden Dringlichkeitsantrag. Sie macht auf den Fehler der Verwaltung aufmerksam, dass der Umweltausschuss nicht mit in die Beratungsfolge einbezogen sei. Es gebe in der Liste Standorte, die sehr sensibel seien, da sie als Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen sind. Bei weiteren Standorten fragt sie die Verwaltung, wie sie bei den Lärmschutzmaßnahmen und/oder Altlasten aktiv werden möchte. Der Antrag selber bezieht sich darauf, dass die Verwaltung zeitnah prüfen solle, ob an einem Standort ein fünfgeschossiges Gebäude in Holzsystembauweise möglich sei.

Herr Dr. Schulz begründet den Änderungsantrag seiner Fraktion.

Er wünscht sich, dass die in der Beschlussvorlage vorgeschlagenen Flächen möglichst rasch auf ihre Eignung für die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften geprüft werden, und dass bei Eignung dort auch schnellst möglich Unterkünfte errichtet werden, damit zum einen die Geflüchteten rasch aus den sehr schwierigen Unterbringungen in Sporthallen herauskommen könnten und zum anderen die Sporthallen wieder ihrer eigentlichen Bestimmung zugeführt werden könnten.

In der Beschlussvorlage sei aufgeführt, dass von 31 möglichen Standorten nur 18 in einer ersten Prüfung als geeignet bewertet wurden. Im Sinne der Transparenz hätten alle 31 möglichen Standorte und die Bewertungskriterien dem Sozialausschuss vorgelegt werden sollen, damit der Ausschuss die Entscheidung der Verwaltung nachvollziehen kann.

Eventuell seien ja die Flächen, die nach Meinung der Verwaltung für den Bau von Flüchtlingsunterkünften nach Phase A und B nicht geeignet seien, für Bauten nach Phase C und D geeignet. Auch der Bau von Unterkünften nach Phase C und D müsse unbedingt vorangetrieben werden.

Die SPD strebe eine langfristige Perspektive zum Bau von Flüchtlingsunterkünften an. Die Belegung von Sporthallen dürfe nur eine absolute Notmaßnahme sein. Wenn in Turnhallen die Temperatur im Winter nicht mehr 18 Grad sei, dann sei dies für die Bewohner sicher kein optimaler Zustand. Außerdem hätten die Sporthallen eine ganz andere Funktion.

Auch die nichtstädtischen Angebote von Flächen sowie leerstehende Gewerbeobjekte müssen dringlich in weitere Prüfungen mit einbezogen werden.

Es solle außerdem abgefragt werden (wenn nicht schon geschehen), ob die Bezirksvertretungen nicht zusätzlich wichtige Hinweise geben könne.

Er bittet darum, dass zu jedem Standort eine einzelne Vorlage zum Baubeschluss erarbeitet und dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt werde. Die Sporthallen sollen dort geräumt werden, wo die größtmögliche Entlastung durch andere Unterkünfte gegeben sei.

Der Vorsitzende Herr Paetzold teilt mit, dass die SPD dem Änderungsantrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen beitreten wird.

Frau Heuser schlägt vor, dass alle Vorlagen ohne Votum in die weitere Beratungsfolge geschoben werden. Sie bittet darum, dass der Ausschuss Umwelt und Grün mit in die Beratungsfolge aufgenommen werde. Der Ausschuss Umwelt und Grün habe noch eine Sondersitzung zum Thema Kalkberg, so dass diese Vorlage dort vor der Ratssitzung besprochen werden könne.

Der Vorsitzende Herr Paetzold greift dies auf und bittet die Verwaltung, dass die Vorlage dem Ausschuss Umwelt und Grün zur Beratung in seiner Sondersitzung angeboten wird.

Frau Hoyer teilt für die FDP mit, dass diese Vorlage und die Problematik im Ausschuss Umwelt und Grün angesprochen wurde und es keinen Widerspruch gab, so dass keine Rechtsunsicherheit aufkommen dürfte.

Herr Ludwig ergänzt, dass es schade sei, dass der Umweltausschuss nicht in der Beratungsfolge aufgeführt worden sei, aber heilbar. Es handelt sich bei der Vorlage nur um den Auftrag an die Verwaltung, Flächen zu prüfen. Bei einer Realisierung von Flächen gehe es selbstverständlich mit einer neuen Beschlussvorlage zu jeder einzelnen Fläche wieder in die Beratungsfolge, ergänzt um den Umweltausschuss. Die Umweltbelange werden selbstverständlich mit berücksichtigt.

Frau Gärtner bittet darum, dass diese Vorlage erst im Rat beschlossen werden solle. Ihr sei das Votum und die Meinung der Bezirksregierung sehr wichtig und diese sollen in den Gesamtkontext mit einfließen. Zum SPD Änderungsantrag möchte sie noch Beratungsbedarf anmelden.

Herr Detjen sagt seine Unterstützung für den Dringlichkeitsantrag von CDU/Bündnis 90/Die Grünen zu.

In der Verwaltungsvorlage gebe es drei Standorte auf denen Systembauweise realisiert werden soll. Er fragt, ob es möglich wäre, mehr Standorte in Systembauweise zu entwickeln als die drei angegebenen. Falls nur diese drei Standorte zur Verfügung stehen würden, schlägt er vor, zumindest eine in der Holzsystembauweise auszuführen. Er fragt, welche Möglichkeiten bestehen, dass auch Bauten der Phase zwei und drei vermehrt umgesetzt werden können, ohne dass diese Verwaltungsvorlage aufgehoben wird. Zum SPD Änderungsantrag möchte er noch Beratungsbedarf anmelden.

Für Frau Hoyer sei bei diesem Thema der Begriff Schnelligkeit von enormer Bedeutung. Sie hoffe, dass die Verwaltung die notwendigen Prüfungen schnell durchführen und dann schnell in die Umsetzung kommen könne. Sie gibt zu bedenken, dass durch den SPD Antrag wieder eine zeitliche Verzögerung eintreten könne. Dem Antrag von CDU/Bündnis 90/Die Grünen könne sie zustimmen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold erklärt, dass die SPD die Prioritätenliste zur Freizeithaltung von Sporthallen nicht neu diskutieren wolle. Falls möglich und sinnvoll sollten aber an den Standorten, an denen neue Flüchtlingsunterkünfte realisiert werden, möglichst auch die Sporthallen für Vereins- und Schulsport freigezogen wieder freigeräumt werden.

Frau Heuser meldet zu dem SPD Änderungsantrag Beratungsbedarf an. Sie finde jedoch nichts Neues in dem Antrag. Um die Sporthallen frei zu räumen, sollten auch Leichtbauhallen für Flüchtlinge entstehen. Sie bittet darum, dass der Ausschuss Umwelt und Grün mit in die Gremienfolge aufgenommen werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fasst zusammen. Dem Änderungsantrag von CDU/Bündnis 90/Die Grünen könne der Sozialausschuss heute zustimmen. Die Beschlussvorlage und der Änderungsantrag der SPD solle ohne Votum in die Beratungsfolge geschoben werden. Im Rat solle dann eine Entscheidung getroffen werden. Die Bezirksvertretungen sollen in den Beratungsprozess mit eingebunden werden.

Der Ausschuss bittet darum, die Vorlage dem Ausschuss Umwelt und Grün zur Beratung in dessen Sondersitzung am 20.06.2016 anzubieten.

Zur Begriffsklärung fragt er die Verwaltung, was sie bei dem Begriff „temporäre Flüchtlingsunterkünften“ unter „temporär“ verstehen würde.

Herr Ludwig antwortet, dass temporär bedeuten würde, dass an den in Frage stehenden Standorten kein ordentliches Baurecht bestehe. Sein Amt erhalte dort nur für einen begrenzten (2 – 10 Jahre) Zeitraum eine Erlaubnis, eine bestimmte Einrichtung zu betreiben. In dieser Vorlage tauchen nur Flächen auf, wo kein dauerhaftes Baurecht bestehe. Daher gehe es in dieser Vorlage ausschließlich um temporäre Bauten. Nach der Sommerpause werde die Verwaltung eine ähnliche Vorlage für die Phasen drei und vier vorlegen. Dort werden Flächen lokalisiert werden, die für konventionelles, dauerhaftes Bauen und damit dauerhafte Flüchtlingsunterkünfte geeignet seien.

Der Vorsitzende Herr Paetzold wünscht der Verwaltung viel Erfolg bei der weiteren Prüfung der Fläche. Er bezweifelt aber schon jetzt, dass alle Flächen wirklich geeignet sind. So sieht er z.B. bei den Flächen „Zum Milchmädchen“ in Poll und „Neurather Weg“ in Höhenhaus erhebliche Probleme wg. der bisherigen bzw. evtl. geplanten Nutzungen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft zur Abstimmung über den Änderungsantrag von CDU/Bündnis 90/Die Grünen auf. Er stellt fest, dass einstimmig **zugestimmt wurde**.

Er ruft zur Abstimmung darüber auf, dass die Beschlussvorlage und der Änderungsantrag der SPD ohne Votum in die Beratungsfolge geschoben werden soll.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, dass die Vorlagen (Beschlussvorschlag der Verwaltung und Änderungsantrag der SPD) ohne Votum in die Gremienfolge geschoben werden sollen. Der Ausschuss Umwelt und Grün wird gebeten, die Vorlagen auf seiner Sondersitzung am 20.06.2016 ebenfalls behandeln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

**Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend „Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften in Holzbauweise“
AN/1078/2016**

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt bei der künftigen Planung der Errichtung von temporären Bauten in Systembauweise, die Errichtung von Vorhaben in Holzbauweise mit bis zu fünf Geschossen (Gebäudeklasse 4) gemäß Bekanntmachungserlass des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr vom 03.05.2016 (TOP 9.1.5 ASS 09.06.2016, Vorlagen Nr.: 1668/2016) zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**